

1. April 2015

Guten Tag, liebe Waltraud, liebe deutsche Freunde!

Hier weitere Antworten auf Ihre Fragen. In der Ukraine ist jetzt folgende Situation: Die derzeitige Regierung versucht, entsprechend dem Minsker Abkommen, in den zeitweilig okkupierten Territorien des Donezker und des Lugansker Gebietes friedliche Verhältnisse zustande zu bringen. Schwere Waffen werden abgezogen, der Artilleriebeschuss wird eingestellt. So etwas wie ein friedliches Leben beginnt in diesen Territorien in Gang zu kommen. Die ukrainische Zentralbehörde erkennt aber die neuen Führer in diesen Territorien nicht an. Außerdem gab es im Sommer und Herbst bewaffnete Raubüberfälle auf mehrere Banken und Geldautomaten, wobei große Geldsummen gestohlen worden sind. Deshalb ist seit August / September der Geldverkehr in einigen Städten dort eingestellt: Rentner bekommen kein Geld mehr, die Leiter der örtlichen Behörden keine Gehälter, auch die anderen haushaltsabhängigen Einrichtungen bleiben ohne Geld; einige von ihnen mussten ihr Gebiet verlassen. Viele der aus Donezk Geflohenen würden gern zurückkehren, ich auch, aber nur unter folgenden Bedingungen: dass dort Renten gezahlt werden, dass Wahlen abgehalten werden, dass eine gewählte Behörde an die Macht kommt, mit welcher die ukrainische Zentralmacht Beziehungen aufnimmt.

Zu diesen Fragen, insbesondere zur Frage größerer finanzieller Autonomie der Städte und Regionen des strittigen Gebiets, bereiten der Oberste Rat [Parlament?] und das Kabinett Gesetzesvorlagen zur unverzüglichen Verabschiedung vor. Eine Kommission wurde eingesetzt, die Verfassungsänderungen vorbereiten soll. Vorige Woche gab es einen Runden Tisch zum Problem der Flüchtlinge aus der ATO-Zone [„Zone der Antiterroristischen Operationen“]. Nach verschiedenen Schätzungen sind von den 6.5 Millionen Bewohnern der Gebiete Donezk und Lugansk 2.5 bis 3 Millionen geflüchtet. Den zurückgebliebenen Menschen fehlen Arbeitsplätze und Einkommen. Viele Industrieunternehmen sind zerstört, zahlreiche Schachtanlagen stehen als Ruinen still, praktisch 80 % der Kleinunternehmen sind beschädigt oder haben ihre Arbeit ganz eingestellt. Die Folge: wenig Geld im Umlauf, steigende Preise, eine große Menge Arbeitslose, welche die Reihen der bewaffneten Gesetzlosen dort auffüllen, wo gezahlt wird. Im Oblast zirkulieren daher jetzt nicht nur Grivna und Rubel, sondern auch ausländische Währungen, mit denen in den noch verbliebenen Läden und Lebensmittelmärkten zu zahlen ist. Sehr viele soziale Organisationen haben aufgehört zu existieren und zu arbeiten. Unser Fonds erhält seit dem letzten Jahr von nirgendwoher finanzielle Unterstützung, weder von Donezker Unternehmen noch von Einzelpersonen. Für Dienstleistungen, Gas und Elektrizität haben wir uns hoch verschuldet. Unsere in Donezk

gebliebenen Freiwilligen sind hauptsächlich Rentner und Invaliden dritten Grades. Sie hatten von uns regelmäßig warmes Essen, Kleidung und Schuhe bekommen.

Ich habe ein ziemlich unerfreuliches Bild gezeichnet. Doch wir hoffen, dass wenn auch nur langsam, eine Verständigung gefunden wird und, vielleicht in der zweiten Jahreshälfte, die Mehrheit der Donezker zurückkehren kann. Hier sind doch unsere Wohnungen, Gärten, Obstgärten, Nebenräume, ein großer Teil unseres Besitzes, unsere Möbel – in vielen Jahren erworben und sehr schmerzlich zu verlieren.

Soweit mein Bericht. Morgen werden wir weitere Fragen beantworten. Heute befassen wir uns mit der Ausfertigung der diversen Dokumente. Wir haben einen weiteren Lagerraum gefunden, in den wir die Ladung für die Zollkontrolle entladen wollen. In den allernächsten Tagen wird, so erwarten wir, die Ladung vollständig entzollt sein. Es geht hier erheblich schneller als in Donezk oder in Mariupol. Trotzdem, da sind immer noch reichlich verschiedene bürokratische Finten, die uns bei der Arbeit behindern.

Ihnen alles Gute. Auf Wiedersehen.

S. P. Jakubenko (Direktor)